Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bin ich ein Boomer? Eine persönliche Anmerkung zu einer absurden Generationendebatte
2. Bas zu Sozialreformen: “Zumutungen gerecht verteilen”
3. Rente unter Druck: Befristete EM-Renten sollen härter geprüft werden – droht das Aus?
4. „Mit einer Million ist man nicht reich“: Das große Missverständnis um die Vermögenssteuer
5. Ende der Flaute? DIW erwartet deutlichen Aufschwung ab 2026
6. Die Friedensbewegung und die jüngeren Generationen – Von der Generationenpolarität zur Zusammenarbeit?
7. Geschichte ist nötiges politisches Handwerkszeug
8. «Geköpfte Babys» und «aufgeschlitzte Bäuche von Schwangeren»
9. Indien lehnt „Tianjin-Geist“ ab und wendet sich der EU zu
10. Westliche Soldaten wären „legitimes Ziel“
11. CDU-Vorsitzender Jens Spahn fordert Zugang zu britischen und französischen Atomwaffen
12. Militarisierung im Gesundheitswesen
13. Das hält kein Gesundheitssystem der Welt aus“: Krankenkassen verzeichnen im ersten Halbjahr starken Kostenanstieg
14. Merz-Ministerin unter Druck: „Fehlplanung hat Energiewende viel zu teuer gemacht“
15. Energiewende: Die Befreiung Russlands vom unzuverlässigen Westen durch die EU
16. Deutschland hat den schlechtesten Bahnhof Europas

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bin ich ein Boomer? Eine persönliche Anmerkung zu einer absurden Generationendebatte**
   Marcel Fratzscher ist eigentlich Ökonom. Ihm fällt aber offensichtlich in seinem Fach nichts mehr ein. Was macht er, um Aufmerksamkeit zu erregen? Er befeuert eine Diskussion über eine Generation der „Boomer“, die an Absurdität kaum noch zu überbieten ist. Von den Medien wird das mit Freude aufgenommen, weil jeder, wirklich jeder Trottel eine Meinung dazu hat und sich gerne über die anderen echauffiert, obwohl er gar nicht weiß, wer die anderen sind. Außerdem kommt man mit einer so steilen These garantiert in jede Talkshow.
   Vermutlich bin ich ein Boomer. Alle, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind und ein paar gute wirtschaftliche Jahre erlebten, sind Boomer. Sie haben viel Geld verdient, aber den Planeten in Brand gesteckt. Heute leben nur arme Schweine, die keine Zukunft haben. Weil die Boomer zwar gut lebten, aber ansonsten alles versaut haben, müssen sie heute abgestraft werden, so die geniale These. Sie dürfen nicht so viel Rente bekommen, müssen ein soziales Jahr im hohen Alter ableisten und dürfen von den Jungen jederzeit wie Idioten behandelt werden. In der Süddeutschen Zeitung gab es eine Erwiderung auf diese lächerlichen Anwürfe, die „Wir Halunken“ überschrieben war. Das trifft den Punkt.
   Quelle: Relevante Ökonomik
2. **Bas zu Sozialreformen: “Zumutungen gerecht verteilen”**
   Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat die Notwendigkeit von Sozialreformen in Deutschland unterstrichen – auch beim Bürgergeld. “Unser Staat ist reformbedürftig”, sagte sie im Bericht aus Berlin. Die SPD-Chefin räumte ein, dass Reformen auch Belastungen für die Bürger mit sich bringen können. “Wir wollen diese Zumutungen, wenn es die denn geben wird, gerecht verteilen.” Sie dürften nicht nur von einem Teil der Gesellschaft getragen werden.
   Quelle: tagesschau

   Anmerkung André Tautenhahn: *Zumutungsgerechtigkeit. Dieser Ansatz dürfte der SPD die Wähler in Scharen zutreiben.*

   dazu: **Bloß keine Agenda 2030**
   Wenn Schwarz-Rot sich bei der Sozialstaatsreform die Agenda zum Vorbild nimmt, wird sie scheitern. Denn das im Rückblick rosarote Agenda-Bild kaschiert zwei Irrtümer. Erstens: Der Sozialstaat ist nach 2003 nicht billiger geworden. Die Ausgaben sind nach der Einführung von Hartz IV gestiegen, nicht gesunken. (…)
   Zweitens ist es ein Irrglaube, dass die Effekte der Agenda – der explodierende Niedriglohnsektor und mehr Ungleichheit – den langen Aufschwung in Deutschland

bewirkt hätten. Der deutsche Exportboom nach 2003 hatte nichts damit zu tun, dass Jobcenter Arbeitslose zu sinnlosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verdonnerten – aber sehr viel mit der Turboglobalisierung nach Chinas WTO-Beitritt 2001. Deutschland importierte billige Rohstoffe aus Russland und exportierte in rauen Mengen teure Qualitätsprodukte nach China.
Quelle: taz

dazu auch: **Förderung von Bürgergeld-Beziehenden bricht massiv ein – Programm wird „kaputtgespart“**
„Die Bundesregierung betreibt seit Monaten eine gezielte Kampagne gegen Menschen am Existenzminimum“, sagte Cansin Köktürk, sozialpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. „Jetzt will sie mit der Reform des Bürgergelds noch mehr Druck und Kontrolle auf Langzeiterwerbslose ausüben.“ Dabei lege die Anfrage offen: „Gerade die Maßnahmen, die tatsächlich dabei helfen, Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen ein selbstbestimmtes Einkommen zu ermöglichen, werden seit Jahren systematisch zusammengestrichen und kaputtgespart.“ Das sei „nicht nur zynisch, das ist blanker Hohn“.
Eine Ursache, weshalb Jobcenter das Instrument weniger einsetzen, sind laut einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die hohen Kosten.
Quelle: FR Online

3. **Rente unter Druck: Befristete EM-Renten sollen härter geprüft werden – droht das Aus?**
Befristete EM-Renten sind im Fokus der Politik. Rund eine halbe Million Menschen in Deutschland erhält derzeit eine befristete Erwerbsminderungsrente. Diese läuft in der Regel drei Jahre und wird dann neu geprüft. Die Regierung will diese Überprüfungen nun deutlich verschärfen – vor allem bei Rentnerinnen und Rentnern mit psychischen Erkrankungen, die die größte Gruppe der Erwerbsminderungsrentner ausmachen. (…)
Mit den geplanten neuen Regeln steigt der Druck auf Menschen mit befristeter EM-Rente erheblich. Künftig sollen sie verbindlicher zu Reha-Maßnahmen verpflichtet werden. […]
Offiziell geht es um bessere Chancen für eine Rückkehr in den Job. Kritiker sehen jedoch vor allem den Versuch, die stark steigenden Kosten der Rentenkasse zu bremsen – zulasten derjenigen, die ohnehin gesundheitlich schwer belastet sind.
Quelle: rentenbescheid24.de

Anmerkung Christian Reimann: *Das Ansinnen der schwarz-roten Bundesregierung ist zynisch, wenn von einer „Aktivierungsoffensive“ die Rede ist. Es passt jedoch zum neoliberalen Kurs von Kürzungen im sozialen Bereich der Regierung des BlackRock-*

Kanzlers. Noch mehr als bei den Vorgänger-Regierungen wird deutlich, dass große Teile der Bevölkerung wie Zitronen behandelt und immer mehr finanziell ausgepresst werden.

4. **„Mit einer Million ist man nicht reich“: Das große Missverständnis um die Vermögenssteuer**
   Dabei ist selbst im globalen Vergleich die Vermögensverteilung in Deutschland „überdurchschnittlich ungleich“, stellt ein Bericht der Boston Consulting Group fest. Danach besitzen 3300 Superreiche, sogenannte „Ultra High Net Worth Individuals“ (UHNWI), fast ein Viertel des gesamten Finanzvermögens, während ein Fünftel der Bevölkerung von Armut bedroht ist, und fast die Hälfte der Menschen über gar kein Vermögen verfügt.
   Das Problem: Je mehr Geld ohnehin schon da ist, desto stärker wächst es. Die Finanzvermögen der Superreichen vermehrten sich danach um mehr als 10 Prozent. „Der Grundsatz: ‚Wer mehr hat, zahlt auch mehr Steuern‘, gilt dagegen für fast jeden, aber de facto nicht für Milliardäre“, berichtet Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit gegenüber IPPEN.MEDIA. Darum sei auch die Anhebung des Spitzensteuersatzes aus dieser Perspektive wenig sinnvoll. „Ein höherer Spitzensteuersatz trifft die Milliardäre, die Susanne Klattens dieser Welt, gar nicht.“
   Quelle: FR Online
5. **Ende der Flaute? DIW erwartet deutlichen Aufschwung ab 2026**
   Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht in der Konjunkturflaute Licht am Ende des Tunnels. Dieses Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft zwar nur minimal um 0,2 Prozent wachsen, danach werde es aber deutlich aufwärtsgehen. So prognostiziert das DIW für 2026 ein Wachstum von 1,7 Prozent und für 2027 von 1,8 Prozent, wie das Institut in Berlin mitteilt. «Nach dem Zickzackkurs im ersten Halbjahr findet die deutsche Wirtschaft fortan in die Spur und nimmt mehr und mehr Fahrt auf», so die Ökonomen.
   Quelle: Zeit Online

   Anmerkung Christian Reimann: *Selbst der „Zeit“ fällt auf, dass die Prognose vom „Fratzscher-Institut“ im Vergleich zu Ifo und RWI „deutlich zuversichtlicher“ hinsichtlich der Aussichten ausfällt. Wobei selbst dieser kurze Vergleich mit „kaum Wachstum für 2025“ beginnt. Bis Jahresende könnte sich daraus ein Minus ergeben. Die genannten „Treiber“ könnten sich als Wunschdenken herausstellen, denn z.B. das Paket für Infrastruktur ist eingebettet in die militärischen Bedürfnisse. Die finanziellen Kürzungen im Bereich Soziales, von denen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger betroffen sein werden, sind offensichtlich nicht thematisiert worden und könnten die*

Prognose nach unten ziehen. Bitte lesen Sie dazu u.a. Verschiebebahnhof – Das Sondervermögen Infrastruktur ist gar nicht so besonders.

dazu: **Deutsche Industrie verzeichnet im Juli deutlich weniger Aufträge**
Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im Juli im Verarbeitenden Gewerbe 2,9 Prozent weniger Aufträge gemeldet als im Vormonat. Es ist der dritte Rückgang in Folge. Die Nachfrage aus dem Ausland sank den Angaben zufolge um 3,1 Prozent. Unter anderem belasten die US-Zölle den deutschen Exportmarkt. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer erklärte, angesichts hoher Arbeits- und Energiekosten, bürokratischer Lasten und hoher Steuern hielten sich Unternehmen mit Investitionen und Bestellungen zurück.
Bundeswirtschaftsministerin Reiche betonte in Berlin, Deutschland müsse wieder wettbewerbsfähig werden. Es bedürfe keiner weiteren Warnsignale. Die Regierung werde das Problem konsequent angehen, sagte die CDU-Politikerin.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn es „keiner weiteren Warnsignale" bedarf, warum sinkt die deutsche Wirtschaft dann immer noch – trotz Regierungswechsel? Wie soll Deutschland ohne günstige Energieträger – angeboten aus Russland, aber bisher stets abgelehnt – „wettbewerbsfähig" werden?*

dazu auch: **"Es ist schwieriger geworden, einen Job zu finden" – Arbeitslose Akademiker in Thüringen**
Viele Akademiker in Thüringen finden derzeit keine Stelle. Hintergrund ist die anhaltende Rezession. Was sagen Betroffene und wo werden Fachkräfte weiterhin gesucht?
So hatte sich Kassandra Walluks die Zeit nach ihrem Abschluss nicht vorgestellt. Im Gegenteil. Die promovierte Biochemikerin ging eigentlich davon aus, dass eine wissenschaftliche Stelle oder Arbeit in der Forschung in ihrem Fach und mit ihrer Qualifikation sicher wäre. Geforscht wird schließlich immer. Und außerdem haben wir ja einen Fachkräftemangel in Deutschland. (…)
Aber jetzt, ein Jahr nach ihrem Abschluss und 65 Bewerbungen später, hat sie immernoch keine Stelle gefunden und erzählt, wie frustrierend das ist.
Quelle: mdr

Anmerkung unseres Lesers H.B.: *Fachkräftemangel!?*

6. **Die Friedensbewegung und die jüngeren Generationen – Von der Generationenpolarität zur Zusammenarbeit?**

Die aktuelle Diskussion um deutsche Soldaten in der Ukraine und eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Wehrerfassung und zur verpflichtenden Musterung junger Männer – nicht zuletzt das mediale Dauerstaccato in Sachen „Kriegstüchtigkeit“ haben zumindest einen positiven Nebeneffekt: Junge Menschen werden nun durch den Staat gezwungen, sich mit dem Thema „Krieg und Frieden“ in allem gebotenen Ernst auseinanderzusetzen. Daraus könnten im optimalen Falle Impulse für eine wirklich neue und junge Friedensbewegung erwachsen.
Quelle: Globalbridge

Anmerkung Christian Reimann: *Ein Wandel von Generationenkonflikt/Generationenpolarität hin zur Zusammenarbeit der Generationen ist über das Thema Krieg und Frieden hinaus wünschenswert – z.B. beim Thema gesetzliche Rente.*

7. **Geschichte ist nötiges politisches Handwerkszeug**
Für eine Politik im Interesse der Bevölkerung ist historisches Wissen unverzichtbar. Für eine Politik, die anderen Interessen dient und deren Politiker vor allem nach eigenem Vorteil streben, ist sie unnützer Ballast und lenkt von den wirklich wichtigen Dingen ab, wie den Parteiintrigen und erfolgreichen Werbemaßnahmen für die eigene Karriere. Der Wähler allerdings, der seine eigenen Interessen im Blick hat und deren Umsetzung erwartet, kann jene, die ihm nicht nützen werden und nicht nützen wollen, unschwer daran erkennen, dass sie die Beschäftigung mit Geschichte für überflüssig halten.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Beim aktuellen Spitzenpersonal der SPD entsteht der Eindruck, dass es nicht einmal die Geschichte der eigenen Partei kennt. Von den Spitzenvertretern anderer Parteien fangen wir besser gar nicht erst an zu reden. Wer von ihnen ist in letzter Zeit durch historisch korrekte Zusammenhänge besonders aufgefallen? Fehlanzeige!*

8. **«Geköpfte Babys» und «aufgeschlitzte Bäuche von Schwangeren»**
Es gibt Indizien, dass die Regierung von Benjamin Netanyahu mit ihren rechtsextremen und fundamentalistischen Ministern von Anfang an vorhatte, die Welt-Öffentlichkeit für eine ethnische Vertreibung der Palästinenser aus Gaza und für eine weitere Inbesitznahme von Westjordanland zu gewinnen.
Das könnte erklären, warum die Propaganda-Maschine der israelischen Regierung und der Siedler-Organisationen kurz nach dem Überfall vom 7. Oktober 2023 verschiedene

Unwahrheiten verbreitete, die hoch emotionalisierend wirkten: Die Hamas-Terroristen hätten über 40 israelische Babys ruchlos getötet und einige Kleinkinder sogar enthauptet. Mütter seien gezwungen worden, dabei zuzusehen. Schwangeren hätten die Terroristen die Bäuche oder die Brüste aufgeschlitzt.
Diese Lügen verbreiteten westliche Staatschefs und grosse Medien ungeprüft und oft ohne Quellenangabe mit grossen Schlagzeilen weiter. Die damit ausgelöste Schockwelle nutzte die israelische Regierung aus, um im Gazastreifen nicht nur einen Verteidigungskrieg, sondern einen brutalen Vertreibungskrieg zu führen, und um im Westjordanland weitere Gebiete ungestraft zu besetzen, Palästinenser zu vertreiben und Land für Siedler zu gewinnen.
US-Journalist und Dokumentarfilmer Max Blumenthal erklärt sich überzeugt, dass Netanyahu und seine rechtsextremen Minister dieses Ziel von Anfang an verfolgten. Ende 2024 veröffentlichte Blumenthal eine Dokumentation mit dem Titel «Wie Israel seine Zerstörung des Gazastreifens verkauft».
Quelle: Infosperber

9. **Indien lehnt „Tianjin-Geist“ ab und wendet sich der EU zu**
Indien gehört neben Russland und China (und dem zunehmenden verkümmernden Europa) zu den grossen Mächten der eurasischen Landmasse. Seine Bedeutung für eine neue multipolare, kooperative und friedliche Weltordnung ist gewaltig. Deshalb verwundert es nicht, dass der ebenfalls verkümmernde Hegemon alle Hebel in Bewegung setzt, Indien zu sich zu ziehen. Dass aber die indische Regierung ausgerechnet einem Wadepfuhl (nomen est omen) eine Bühne bietet, ist schon sehr befremdlich. Wir werden abwarten müssen, wie sich die dortige Pendeldiplomatie weiter entwickelt. Auch die Beobachter brauchen “Nerven aus Stahl”.
Quelle: M. K. Bhadrakumar in Seniora
10. **Westliche Soldaten wären „legitimes Ziel“**
Nach den erneuten Beratungen der „Koalition der Willigen“ hat Kreml-Chef Wladimir Putin entschieden vor der Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine gewarnt. „Wenn dort irgendwelche Truppen auftauchen, insbesondere jetzt während der Kämpfe, gehen wir von der Prämisse aus, dass sie ein legitimes Ziel sind“, sagte der russische Staatschef am Freitag bei einem Wirtschaftsforum im Wladiwostok.
Putin hob hervor, dass eine Entsendung von Soldaten aus dem Westen nicht förderlich für einen langfristigen Frieden sei. Moskau lehnt auch nach einer möglichen Friedensvereinbarung mit Kiew Truppen aus NATO-Staaten in der Ukraine kategorisch ab, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte.
Quelle: ORF

dazu auch: **Ist Kiew bereits im Besitz von Taurus-Raketen? Ein schwaches**

Dementi aus Berlin
Auf die von der Nachrichtenagentur TASS zitierte "Erklärung" des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR reagiert die Bundesregierung empört, so die Berliner Zeitung. Ein Regierungssprecher soll dazu erklärt haben: "Diese Darstellung ist falsch. Im Übrigen äußert sich die Bundesregierung nicht zu Einzelheiten des Rüstungsexports an die Ukraine."
Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung sind nach wie vor die Taurus-Raketen, insbesondere eine einzelne Passage des SWR:
"Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler garantierte Merz Wladimir Selenskij, dass Kiew für Angriffe innerhalb Russlands deutsche Taurus-Marschflugkörper erhalten würde. Der Bundeskanzler ist sich der Risiken einer deutschen Beteiligung an solchen Waffenlieferungen an Kiew bewusst. Fabrikmarkierungen werden von Raketenkomponenten entfernt und bestimmte Teile ersetzt."
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Trotz der eindeutigen Warnungen aus Moskau scheinen die Pläne für einen Taurus-Einsatz in der Ukraine nicht vom Tisch zu sein. Dann wäre der Wahnsinn vollständig und mutmaßlich ein weiterer heißer Krieg zwischen Deutschland und Russland in Gang gesetzt. Und wozu das Ganze? Außer der Rüstungsindustrie und deren Investoren im Hintergrund – insbesondere BlackRock – dürfte die Anzahl der Profiteure deutlich geringer sein als derjenigen, die Nachteile zu erleiden hätten. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:*

a. *„… an die Ukraine geliefert worden sind" – Hat Kiew bereits von Merz Taurus-Marschflugkörper erhalten?*
b. *Umfrage: Zwei Drittel der Deutschen gegen Taurus-Lieferung an Ukraine*
c. *Merz macht mobil – mit Taurus militärische Ziele in Russland treffen*

11. **CDU-Vorsitzender Jens Spahn fordert Zugang zu britischen und französischen Atomwaffen**
Angesichts der russischen Bedrohung brauche Deutschland Zugang zu den Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens, erklärte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn. Der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) warnte indes vor dem Bau einer deutschen Atombombe.
(…)
Diesbezüglich äußerte sich auch der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, und warnte vor dem Bau einer deutschen Atombombe: Wenn Berlin dies wolle, könne es innerhalb weniger Monate eine eigene Atombombe entwickeln.

Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Wie während der merk-würdigen Coronazeit – Herr Spahn dreht offensichtlich durch, nimmt die Realität nicht zur Kenntnis und neigt mal wieder zu übertriebenen Forderungen/Maßnahmen.*

12. **Militarisierung im Gesundheitswesen**
Über die Folgen des Umbaus des Gesundheitssystems unter militärischer Prämisse für die Zivilbevölkerung wird öffentlich nicht gesprochen. Mit gutem Grund: Panik und Widerstand gegen die Kriegspläne wären die Folge, aber ohne Gefolgschaft läßt sich ein Krieg nur verlieren. Das Zentrum für Katastrophenmedizin an der Universität Göteborg hat vor zwei Jahren die typischen Verletzungsmuster ziviler Opfer in modernen Kriegen der letzten 50 Jahre untersucht („Civilt skadepanorama i krig"): 26 % Kopfverletzungen, 18 % Brustverletzungen, 10 % Bauch- und Beckenverletzungen, 4 % Wirbelsäulenverletzungen, 32% Verletzungen der oberen Extremitäten, 18% Verletzungen der unteren Extremitäten und 16 % Brandverletzungen (Psychotraumata wurden in der Studie nicht erfaßt). Wegen des Fehlens unmittelbarer Feindeinwirkung liegt der Anteil der Schußverletzungen niedrig, bei Zivilopfern bestimmen Explosionsfolgenverletzungen, wie Zerquetschungen, Verbrennungen, Kopf- und Hirnverletzungen und Frakturen das Bild. Die sogenannte Schutzraumkorrelation ergibt für Deutschland ein trauriges Bild: Nur jeder 200. Schutzsuchende hat theoretisch Chance auf einen Platz im Bunker, lebt er außerhalb der Großstädte, bleibt der eigene Keller, dessen Mauern angesichts der Durchschlagskraft moderner Fliegerbomben allerdings nur geringen Schutz bieten.
Quelle: RotFuchs
13. **„Das hält kein Gesundheitssystem der Welt aus": Krankenkassen verzeichnen im ersten Halbjahr starken Kostenanstieg**
Das ist ein Plus von 7,95 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, wie aus neuen Kennzahlen ihres GKV-Spitzenverbands hervorgeht, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegen.
An diesem Freitag will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) über die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im ersten Halbjahr informieren.
Auffällig ist der auf 2,8 Milliarden Euro gestiegene Überschuss der Krankenkassen. Nach Rekorddefiziten im Jahr 2024 war bis Ende März bereits ein Überschuss von 1,8 Milliarden Euro entstanden.
„Aber das sollte niemanden beruhigen", sagte der Vorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Oliver Blatt, der dpa. „Die Ausgabendynamik ist im ersten Halbjahr

ungebrochen.“
Quelle: Tagesspiegel

dazu auch: **Die privaten Krankenversicherer mit den höchsten Verwaltungskostenquoten**
Die Anbieter der privaten Krankenversicherung (PKV) haben im vergangenen Jahr 2,22 Prozent der Prämieneinnahmen für den Geschäftsbetrieb ausgegeben. Das ist minimal mehr als im Jahr davor. Dies ist dem Map-Report Nummer 940 – „Bilanzrating private Krankenversicherung 2024“ zu entnehmen.
Quelle: VersicherungsJournal.de

14. **Merz-Ministerin unter Druck: „Fehlplanung hat Energiewende viel zu teuer gemacht“**
Wie sich das Energiewende-Monitoring auf die Energiepolitik auswirken könnte und inwieweit Reiche eventuell die Klimaziele der Bundesrepublik anpasst, bereitet der Opposition Sorge. Michael Kellner, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, kritisiert die Annahme, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht Hand in Hand mit günstigeren Energiekosten gehen könne. „Nach der Altmaier-Delle droht die Reiche-Lücke. Wir brauchen weiterhin einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Nur ein gesteigertes Angebot führt zu sinkenden Strompreisen“, sagt Kellner gegenüber dieser Redaktion. „In dieser Lage den Ausbau der Erneuerbaren zu sabotieren und stattdessen überdimensionierte, teure Gaskraftwerk-Parks zu bauen, wäre eine grobe Fehlinterpretation.“
Quelle: Merkur.de

Anmerkung Christian Reimann: *„Merkur.de“ reduziert die Opposition auf die Grünen. Jedenfalls wird lediglich der ehemalige Habeck-Staatssekretär zitiert. Dabei unterstützt sogar der Wirtschaftsrat der CDU die Klimaziele generell. Auch bei diesem Thema hat der CDU-Bundesvorsitzende und im zweiten Wahlgang gewählte Kanzler Merz Wahlversprechen gebrochen.*

dazu auch: **Energiewende-Kosten im Gebäudesektor übersteigen Bundesetat bis 2030**
Das ergibt sich aus einer noch unveröffentlichten Analyse der Unternehmensberatung McKinsey, über die die „Welt am Sonntag“ berichtet. „Wir schätzen den bundesweiten Investitionsbedarf für die geplanten Sanierungen, Wärmenetze und Wärmepumpen bis 2030 auf 245 bis 430 Milliarden Euro“, schreiben die Autoren, zitierte die „Welt am Sonntag“. „Das liegt in der Größenordnung der gesamten von der Bundesregierung bis 2029 geplanten Investitionen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und

Klimaneutralität von rund 270 Milliarden Euro“, zitierte die „Welt am Sonntag“ weiter. Allein die Sanierung des Gebäudebestandes bis 2030 erfordere 170 bis 270 Milliarden Euro.
Quelle: Hasepost

15. **Energiewende: Die Befreiung Russlands vom unzuverlässigen Westen durch die EU**
Russland hat im Energiebereich mit Westeuropa kooperiert. Die Erschließung der Gasfelder auf der Jamal-Halbinsel ist dafür ein Beispiel. Dieses Gas soll künftig nach China fließen. Die EU sagt den Bezug ab, befreit Russland so von einem unzuverlässigen Partner und besiegelt ihren Niedergang. (…)
“Es war Selbstmord” wird daher auf dem Grabstein der EU einst stehen. Der Niedergang ist selbst verschuldet. Die Frage wird dann sein, wie es dazu kommen konnte. Offenbar herrscht in der EU und in den deutschen Ministerien fundamentale Unkenntnis darüber, wie die globalen Energiemärkte funktionieren. Unkenntnis herrscht auch darüber, was es bedarf, um Produktionswachstum zu erzielen, und was man benötigt, um zukunftsfähig zu werden.
Quelle: Gert Ewen Ungar auf RT DE

dazu: **„Auch wenn es Frieden gibt“: EU will russisches Gas für immer verbieten**
Brüssel will russisches Gas für immer verbieten, selbst bei Frieden. Es wird durch US-Energie ersetzt werden, sagte Energiekommissar Jørgensen am Freitag. […]
Dieser Kurs wirft auch Fragen nach den Kosten auf. Eine Auswertung aktueller Eurostat-Daten durch die Berliner Zeitung zeigt: Im ersten Quartal 2025 zahlten EU-Länder im Schnitt 1,08 Euro pro Kubikmeter für amerikanisches LNG – mehr als doppelt so viel wie für russisches Flüssiggas (0,51 Euro). Noch günstiger war russisches Pipeline-Gas: 0,32 Euro pro Kubikmeter.
Quelle: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

Anmerkung unserer Leserin A.F.: *Das ist schlicht pathologisch. Die USA sind in nichts vertrauenswürdig und ausgerechnet von denen macht man uns abhängig und dazu noch mit exorbitantem Preis.*

Anmerkung unseres Lesers R.L.: *Selbstmord wird wie ein Gottesdienst zelebriert. Dumm, dümmer, EU.*

16. **Deutschland hat den schlechtesten Bahnhof Europas**
Auf dem unrühmlichen letzten Platz des Rankings landete mit Berlin-Gesundbrunnnen erneut ein deutscher Bahnhof. (…)

Doch auch unabhängig davon steht Deutschlands Bahnlandschaft vor großen Schwierigkeiten, wie es im Bericht heißt. Dabei gebe es verschiedene Erklärungsansätze für die aktuellen Probleme. So sei die Sanierung des Schienennetzes deutlich teurer und langwieriger als ursprünglich geplant. „Seit 2022 sind nur 62 Prozent der Züge in Deutschland pünktlich angekommen – im Vergleich zu rund 99 Prozent in der Schweiz“, schreiben die Autoren. Die deutschen Behörden hätten zudem den Begriff der Pünktlichkeit neu definiert. So gelten hierzulande Züge erst dann als verspätet, wenn sie mehr als 6 Minuten zu spät sind – höher als die sonst übliche 5-Minuten-Grenze.
Quelle: TravelBook